

MEDIENKONFERENZ VOM 2. SEPTEMBER 2024

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Was ist der «Wert der Arbeit»?

In der Schweiz sind die Reallöhne in einem Ausmass gesunken, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr der Fall war. Die Rückkehr der Inflation nach der Covid-Krise von 2020 und der Ausbruch des Kriegs in der Ukraine werden oft als Erklärung für diese ungünstige Entwicklung angeführt. Doch in den sieben Jahrzehnten nach dem Krieg erlebten wir andere geopolitische Ereignisse, die teilweise viel stärkere Inflationskrisen auslösten. Und dennoch hielten sich die Reallöhne damals besser. Warum war das so? Weil es einen Konsens darüber gab, dass Löhne und Renten mit den Lebenshaltungskosten Schritt halten sollten.

Dieser Konsens fehlt in der Kaufkraftkrise, die wir heute erleben. In den Medien und bei den Arbeitgebern war plötzlich von einer vermeintlichen «Preis-Lohn-Spirale» die Rede, die für eine Verstärkung der Inflation verantwortlich sei. Man hörte, dass auch die Unternehmen unter der Inflation leiden würden. Anders als in früheren Inflationsphasen führte diese Argumentation dazu, dass das Prinzip des Kaufkraftershalts in Frage gestellt wurde. Das traf Millionen von Menschen, die in unserem Land für einen Lohn arbeiten.

Die Folge dieser ideologischen Entscheidung: Die Arbeit hat an Wert verloren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten jedes Jahr etwas intensiver. Die Produktivität steigt. Aber sie verdienen weniger. Hunderttausende von Haushalten, die nicht im Luxus, aber in einer gewissen materiellen Sicherheit gelebt hatten, blicken heute besorgt auf das Ende des Monats. Sie arbeiten viel, bemühen sich, Familienleben und Arbeit unter einen Hut zu bringen, und am Ende des Jahres ist das Sparkonto, sofern überhaupt eines da ist, geschrumpft. Man fürchtet sich vor unvorhergesehenen Ereignissen, dem Zahnarzt- oder Arztbesuch, verzichtet auf Restaurantbesuche. Das ist die Realität, die Hunderttausende von Haushalten in unserem reichen Land erleben.

Im herrschenden Diskurs wird aber der «Wert der Arbeit» immer noch verherrlicht. Dabei geht es meistens nicht um den wirtschaftlichen Wert der Arbeit, d. h. den Lohn. Nein, es wird der moralische Wert der Arbeit gepriesen, der angeblich verloren gehe und den man neu bekräftigen müsse. Dasselbe gilt für die Berufsausbildung. Die Lehre müsse man unbedingt «aufwerten». Aber wenn eine junge Frau ihre schwierige Lehre als Fachfrau Apotheke abschliesst und feststellt, dass ihr erstes Gehalt nicht einmal 4'000 Franken im Monat beträgt, tönen die Floskeln über die «Aufwertung» der Lehre hohl.

Die Menschen haben genug von scheinheiligen Reden. Wir müssen schnell dafür sorgen, dass Arbeit wieder zum realen Preis bezahlt wird, der vor Beginn dieser inflationären Phase galt. Das ist keine überrissene Forderung. Dies ist umso weniger der Fall, als der Landesindex der

Konsumentenpreise die Explosion der Krankenversicherungsprämien, die sich diesen Herbst fortsetzen wird, nicht berücksichtigt.

Der SGB kämpft dafür, dass der Wert der Arbeit anerkannt wird. Für diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet haben und im Ruhestand sind, und für diejenigen, die heute arbeiten und unsere Gesellschaft am Laufen halten. Diese Anerkennung erfolgt nicht durch moralisierende Reden oder Leitartikel, sondern durch angemessene Löhne und Renten, die endlich nicht mehr real sinken.

Wollen die herrschenden Wirtschafts- und Politikkreise wirklich ein Wirtschaftsmodell verteidigen, bei dem man durch Arbeit ärmer wird?

Das es sei nicht der Fall, sagen jene Kreise und sprechen von einer Ausnahmeperiode, die bald zu Ende gehen werde. Es geht also jetzt darum, zur Tat zu schreiten. Wir erwarten, dass die Arbeitgeber sich in den Lohnverhandlungen offen zeigen für Verbesserungen, insbesondere dort, wo sie in den letzten Jahren ausgeblieben sind. Um unsere Entschlossenheit zu zeigen, werden wir für eine landesweite Lohn-Demonstration am 21. September mobilisieren. Dies wird auch die letzte Gelegenheit sein, um zur Ablehnung der schlechten BVG-Reform aufzurufen, welche die Kaufkraft der Arbeitnehmenden und RentnerInnen noch weiter schwächen würde.